



| | | |
|---------------------------------------------------------|--------------|------------------|
| ANTRAG | Vorlage Nr.: | 2019/1004 |
| KAL/Die PARTEI-Gemeinderatsfraktion | | |
| Öffentliche Gebührenordnung für Stellplatzablöse | | |

| Gremium | Termin | TOP | ö | nö |
|--------------------|-------------------|-----------|----------|----|
| Gemeinderat | 19.11.2019 | 24 | x | |

1. Die Stadtverwaltung ermittelt stadtteilgenau die Stellplatzablöse.
2. Die Ergebnisse werden in Form einer öffentlichen Gebührenordnung für jeden auf der Homepage der Stadt Karlsruhe zugänglich gemacht.
3. Die Summe der Einnahmen durch die Stellplatzablöse wird im folgenden Doppelhaushalt im Sinne einer freiwilligen Selbstverpflichtung der Stadt Karlsruhe für die strategische Weiterentwicklung der öffentlichen Verkehrsplanung, insbesondere des ÖPNV, eingestellt.

Sachverhalt/Begründung:

Die Stadt Karlsruhe will die Schaffung von neuem Wohnraum befördern. Neuer Wohnraum durch Ausbau, Anbau, Nutzungsänderungen oder Teilung lösen grundsätzlich Stellplatzverpflichtungen nach Landesbauordnung (LBO) aus.

Karlsruhe ist ein heterogenes gewachsenes Gebilde und oftmals dicht bebaut. Oft ist es für potentielle Bauherren nicht möglich auf dem Baugrundstück Stellplätze zu schaffen oder wirtschaftliche Ausweichmöglichkeiten zu finden. Hier sieht die LBO die Möglichkeit einer Ablöse für die Stellplatzverpflichtung vor. Die Höhe der Ablöse orientiert sich an den Kosten des Stellplatzes.

Bauherren, die neuen Wohnraum schaffen möchten, brauchen frühzeitige Planungssicherheit. Ein Konzept mit im Vorfeld festgeschriebenen Ablösesummen ist eine wichtige Informationsquelle für potentielle Bauherren. Sie schafft Kostentransparenz und eröffnet neue Planungsmöglichkeiten.

Ein konkretes Beispiel der Umsetzung findet sich in Stuttgart:

<https://www.stuttgart.de/item/show/485652/19>

Auch im Freiburger Stadtteil Vauban, in dem zentrale Quartiersgaragen für einen fast autofreien Stadtteil sorgen, wurde dieses Instrument eingesetzt.

Die durch die Stellplatzablöse generierten Einnahmen sollen summiert und offengelegt werden. Im nächsten Doppelhaushalt soll die gleiche Summe im Sinne einer freiwilligen Selbstverpflichtung für eine zukunftsgerichtete Verkehrsentwicklung mit Schwerpunkt auf den Umweltverbund eingestellt werden.

Unterzeichnet von:

Lüppo Cramer

Michael Haug